

43. Königswinter-Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft vom 25-27. März 1993 in Königswinter

„Europa ringt mit der Unordnung“ (Europe coping with disorder), so lautete das Motto der diesjährigen Königswinter-Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft. Seit 1950 gibt es dieses mittlerweile zur Institution gewordene, einzigartige Diskussionsforum von Akademikern, Publizisten, Politikern, Militärs, Unternehmern und Bankern aus Großbritannien und der Bundesrepublik.

Die Konferenzen finden alternierend in Königswinter bei Bonn und – in den geraden Jahren – in Cambridge statt. Diese Regel wurde bis auf eine Ausnahme auch eingehalten: 1991 tagte die 41. Königswinter-Konferenz auf Anregung von Kurt Biedenkopf, einem der Ehrenpräsidenten der Deutsch-Englischen Gesellschaft, in Dresden, um den Teilnehmern einen unmittelbaren Eindruck von der historischen Dimension der Veränderung auf dem alten Kontinent zu geben.

1991 liegt noch nicht weit zurück, doch wirft man einen Blick auf das Protokoll der Dresdner Tagung,

so glaubt man sich dennoch in ein anderes Zeitalter versetzt: Die Folgen des Golfkrieges, die politische Zukunft der Sowjetunion und Michail Gorbatschows, die Außenpolitik der Bush-Administration...

Dieses Jahr tagte die Königswinter-Konferenz wieder an gewohnter Stätte, aber, so versicherten „alte Königswinterer“, es sei eine ungewöhnliche Konferenz gewesen, und dies nicht allein aufgrund der Vielzahl und Kompliziertheit der Probleme, der sich die Konferenz widmen müssen. Die politische und wirtschaftliche Situation in Britannien und in der Bundesrepublik wäre so prekär wie schon lange nicht. Die europäische Einigung, wie sie im Vertrag von Maastricht vorgezeichnet sei, trete auf der Stelle. Doch alles verblasse, wenn man nach Osten schaue: wirtschaftlicher Niedergang, politische Orientierungslosigkeit, virulenter Nationalismus und schier unlösbare Konflikte, die immer häufiger in offene Kriege münden, an den Rändern der ehemaligen Sowjetunion, aber auch bereits mitten in Europa.

Diesen Themen widmeten sich die vier Arbeitskreise der Konferenz:

1. Großbritannien und Deutschland nach dem Ende des Kalten Krie-

ges: Meinungsverschiedenheiten und gemeinsame Interessen

2. Krise, Krieg und Zusammenbruch im Osten: Wirtschaftliche Notlage, Nationalismus und ethnische Konflikte
3. Maastricht und danach
4. Rezession und weltweite Unordnung

Im ersten Arbeitskreis standen die Erfahrungen der deutschen Vereinigung, die Frage der politischen und militärischen Intervention in europäische und außereuropäische Konflikte sowie die Suche nach gemeinsamen deutsch-britischen Interessen im Mittelpunkt.

Arbeitskreis zwei arbeitete den gesamten ost- und südosteuropäischen Krisenbogen ab und gab die Ratlosigkeit angesichts „der Absurdität von Problemen, Konflikten und Ereignissen, der Selbstzerstörung durch entgleiste Nationalismen und Erscheinungen von kollektiven Wahnsinn“ ehrlich zu. Westliche Regierungen könnten Geld schicken, Diplomaten oder auch Soldaten in Marsch setzen. Früher sei auch abzuschätzen gewesen, was man damit erreichen konnte. Dies sei heute ganz und gar nicht der Fall. Vielmehr seien diese Konflikte „unvorhersehbar, unhandelbar, unlösbar“ – zumindest von außen. Kann also gar nichts getan werden? Doch, Politiker und Medien müßten den Völkern die Wahrheit über die Kompliziertheit, die Risiken und die Zeithorizonte denkbarer Lösungen sagen und nun

Akzeptanz für eine langfristige und stetige Politik gegenüber diesen Kriegen und Krisen werben. Es müßten alle Eventualitäten ins Auge gefaßt werden, auch die ganz und gar unerwünschten.

Der Hauptakzent eines westlichen Kurses gegenüber Ost- und Südosteuropa müsse jedoch in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abstützung und Unterstützung liegen, in der Kooperation im Sinne einer gemeinsamen Entwicklung. Praktische Arrangements, konkrete Programme und überschaubare Vorhaben, so der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer, wären weit wichtiger als ideologiebefrachtete Vorhaben wie der „Transfer von Marktwirtschaft“. Darüber müßten Regierungen und Bevölkerung der Staaten Osteuropas selbst entscheiden.

Im dritten Arbeitskreis mühten sich die Teilnehmer, den Integrationsvertrag von Maastricht auf Soll und Haben abzuwägen. Die Defizite, so der Rapporteur, seien klar und weitgehend einvernehmlich herausgearbeitet worden. Das Formulieren von Alternativvorschlägen gestaltete sich jedoch weit schwieriger.

George Robertson, schottischer Unterhausabgeordneter und Leiter dieses Arbeitskreises, meinte, der Maastricht-Vertrag sei alles andere als ein Jahrhundertwerk, aber doch ein „Etappenziel“ auf dem Weg zur europäischen Integration. Der Vertrag bedürfe der Weiterentwicklung,

aber beseitigen könne und dürfe man ihn nicht.

Im Arbeitskreis vier widmeten sich die Teilnehmer vor allem den Ursachen der weltweiten Rezession und der Krise des internationalen Finanzsystems. Das Problem eines „Kapitalismus ohne Kupita“ bildete offenbar die zentrale Diskussionsachse. Zur Überraschung des britischen Berichterstatters sei der schärfste Disput über die Tätigkeit der Bundesbank nicht zwischen Deutschen und Briten, sondern zwischen deutschen Teilnehmern entbrannt. Weltweit, so das Fazit der Beratungen in diesem Arbeitskreis, müsse die enorme Überschuldung abgebaut werden. Europa müsse sich den Risiken einer liberalen Welthandelsordnung stellen und eine aktivere Rolle in der Weltwirtschaft spielen. Globale Einflüsse würden zunehmend wirksam und relevant für das Wohl und Wehe einzelner Staaten, Branchen oder Regionen. Steter Wandel, auch schmerzhafter Wandel würde unweigerlich zur Lebensrealität von Millionen Menschen werden. Aber, soziale Solidarität sei die Voraussetzung für die Akzeptanz des Wandels seitens der betroffenen Menschen.

Hier soll etwas näher auf die Tätigkeit des ersten Arbeitskreises (Großbritannien und Deutschland nach dem Kalten Krieg) eingegangen werden.

Es ist – gerade für einen Ostdeutschen – schon sehr lehrreich und durchaus spannend zu erleben, wenn westdeutsche Professoren, Politiker und Journalisten ihren britischen Kollegen zu erklären versuchen, weshalb sich die Gestaltung der Einheit Deutschlands in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als ein so unerwartet schwieriger und langwieriger Prozeß erweist. Schadenfreude oder gar Häme ist auf britischer Seite nirgendwo anzutreffen. Eher die bange wie optimistische Frage: „Also, ihr mit euren enormen wirtschaftlichen Ressourcen schafft es aber doch, 16 Millionen neuer Landsleute in eure Ordnung zu integrieren, don't you?“

Besonders gefragt ist das Urteil von Teilnehmern, die in beiden Ländern zu Hause sind, wie dem Soziologen Sir Ralf Dahrendorf. Scharf in der Analyse, abgeklärt im Urteil und nüchtern in der Prognose sind dessen Beiträge. Bei der deutschen Vereinigung sei „mit dem Überrollen der ostdeutschen Landschaft durch westdeutsche Institutionen“ die teuerste Variante gewählt worden. Die wirtschaftlichen Probleme seien lösbar. Das Problem sei, daß die Menschen für die dafür erforderlichen Zeiträume die Geduld nicht aufbringen könnten. Ostdeutschland selbst hat nach Ansicht des Oxford-Professors wenig Aussicht, ein dynamisches Element in der gesamtdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft zu werden. Eine wahrscheinlichere Perspektive

sei „eine Art Irland“, d.h. eine Region mit einer bestimmten, u.U. auch „sympathischen Rückständigkeit“, die von vielen verlassen wird, um den Lebensunterhalt in der Ferne zu verdienen, aber zu der man zum Verzehr der Pension gern wieder zurückkehrt.

Ein anderer hochbrisanter Diskussionsgegenstand war die Frage, ob und wie das vereinte Deutschland „seine internationale Verantwortung wahrnimmt“. Hinter dieser allgemeinen Wendung verbarg sich das Problem des Einsatzes deutscher Soldaten in Konflikten und Kriegen rund um den Erdball. Eine britische Konferenzteilnehmerin, die in Brüssel bei der NATO tätig ist, begann die Debatte mit der Klage, die Deutschen seien „Importeure von Sicherheit“, diese „underperformance“ könnten sie nicht durchhalten, sie müßten zum „Exporteur von Sicherheit“ werden. Offensichtlich um Klarheit in der Diktion bemüht, stellte sie – in Tonfall und äußerer Erscheinung stark an Margaret Thatcher erinnernd – den deutschen Teilnehmern die Frage: „Sind Sie bereit, daß ihre Söhne nach solcherart Einsätzen nur in Zinksärgen wieder die Heimat gelangen?“ Leider waren die wenigsten der Angesprochenen bereit, die präzise Frage auf gleiche Art zu beantworten. Keiner sagte, ob er Söhne im wehrpflichtigen Alter habe und bereit sei, sie auf fremde Kriegsschauplätze zu entsenden und

sie womöglich in Zinksärgen zurückzubekommen. Vielmehr stritt die Mehrzahl der anwesenden westdeutschen Professoren, Publizisten, Generäle, Regierungsangestellten usw. mit Verve dafür, deutsche Soldaten (von den eigenen Söhnen war nicht die Rede) in den Kampf schicken zu dürfen. Um wieder die ostdeutsche Sicht der Dinge zu bemühen: Es erstaunt schon etwas, wenn namhafte Vertreter des Establishments der Bundesrepublik bei der Diskussion, wie der deutsche Einigungsprozeß zu bewältigen sei, an der Diskussion nicht oder mit – milde formuliert – durchschnittlichen Beiträgen teilnehmen, ihren ganzen Esprit, ihre Beredsamkeit und Leidenschaft jedoch für deutsche Kampfeinsätze in die Wagschale werfen. Erstaunlicherweise lehnten sie jegliche Diskussion (wie dies beispielsweise Robert Leicht hartnäckig forderte) darüber ab, wo die deutschen Soldaten an die Front gehen, wofür sie kämpfen, welches Ziel sie erreichen sollen, ob es für Deutschland – möglicherweise aus guten Gründen – andere Prioritäten bei Konflikteingrenzung und Konfliktregelung geben sollte.

In seinem noch heute lesenswerten Buch „Die Arroganz der Macht“ schrieb William Fullbright vor mehr als 25 Jahren: „Es ist eine der großen Ungerechtigkeiten des Lebens, daß junge Männer die Kriege auskämpfen müssen, die Ältere

begonnen haben.“ Nur wenige Teilnehmer dieses Arbeitskreises schießen dieses Buch gelesen zu haben.

In den meisten Reden offizieller Art – da der bisherige Vorsitzende der Gesellschaft sein Amt einen Nachfolger übertrug, gab es mehrere davon – wurde der „Geist von Königswinter“ beschrieben, zuweilen auch beschworen. „Plain living and high thinking.“ Zumindest das letztere sei geblieben. Und tatsächlich, diese Konferenz zeichnet eine besondere Atmosphäre aus. Es geht ungezwungen, man möchte fast sagen leger zu, was bei der erheblichen Anzahl von leibhaftigen Lords, Baronessen, Botschaftern und Parlamentsabgeordneten vielleicht nicht ganz selbstverständlich ist.

Die Offenheit und Sachlichkeit aller Teilnehmer, die Vielzahl der versammelten Professionen und Disziplinen verwandelt die Konferenz in ein Forum des Austausches von wertvollen Informationen, Ideen, Denkanstößen, auch von Adressen und Terminen. Ein besonderes Kennzeichen der Königswinter-Konferenz besteht in der Dominanz des angelsächsischen Diskussionsstils. Weitschweifigkeit und längeres Monologisieren sind verpönt. Insistierendes Nachfragen, präzises Formulieren, klare, wenn auch nicht schnörkellose Gedankenführung, u.U. heftiger, nie aber verletzender Meinungsstreit können als Markenzeichen dieser Streitkultur gelten. Eine beson-

dere Note setzen die MP's. Wenn britische Unterhausabgeordnete richtig in Fahrt sind, vermag sie keiter zu stoppen. Und sie sind immer in Fahrt, wenn sie das Wort ergreifen. Sie zünden ein rhetorisches Feuerwerk voll von treffenden Vergleichen, originellen Metaphern, Witz, Humor und Schalk. Sie kennen die Materie genau, über die sie reden, sind äußerst schlugfertig, können aber auch zuhören. Sie sind hart im Nehmen, vor allem aber im Geben, doch ein gewisser sportiver Zug der Fairness bleibt auch in den hitzigsten Redeschlachten gewahrt.

Insgesamt eine ungewöhnliche Konferenz. Die Debatten kreisten nicht allein um Deutsch-Britisches, im Gegenteil: kaum ein Problem, welches Europa und die Welt derzeit bewegt oder bedrängt, blieb ausgespart. Daß dies keineswegs den Eindruck von Oberflächlichkeit hinterließ, sondern den Wunsch nach Fortsetzung der Diskussion eingab, sollte der 43. Königswinter-Konferenz als Verdienst angerechnet werden.

Rolf Müller-Syring